

II-1310 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1281 IJ

1991-06-18

ANFRAGE

der Abgeordneten Langthaler, Anschober, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

betreffend Straßenprojekt Ternitz-Neunkirchen

Zwischen den Gemeinden Ternitz und Neunkirchen (Gemeindegebiet Ternitz) soll eine neue Straßenverbindung geschaffen werden. Da diese Straße (Projekt "Dammstraße-Parallelstraße") als Gemeindestraße gebaut wird und erst nach Fertigstellung in das Landesstraßennetz übernommen werden soll, entfällt eine Überprüfung des Bedarfs sowie der Folgen auf die zukünftige Verkehrssituation.

Bisher war die Streckenführung der Österreichischen Bundesbahnen die direkteste Verbindung der beiden Ballungsräume Ternitz und Neunkirchen. Durch die neue Straße verliert die ÖBB diesen Konkurrenzvorteil vor dem MIV (Motorisierter Individualverkehr).

Deswegen richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

ANFRAGE:

1. Ist Ihnen als Verkehrsminister dieses Straßenprojekt bekannt?
2. Wie beurteilen Sie aus Ihrer Sicht dieses Projekt (wir bitten Sie hier nicht der Frage auszuweichen, indem Sie auf die Kompetenz anderer Gebietskörperschaften hinweisen)? Im Rahmen einer allgemeinen Verkehrskompetenz steht Ihnen sehr wohl das Recht zu, Straßenprojekte zumindest nach allgemeinen verkehrspolitischen Überlegungen zu beurteilen.
3. Stimmt es, daß die Österreichischen Bundesbahnen diese Gemeindestraße finanzieren oder mitfinanzieren?
4. Stimmt es, daß die Österreichischen Bundesbahnen somit sich selbst eine Konkurrenz im verstärkt zu erwartenden MIV schaffen?

5. Stimmt es, daß diesen Entscheidungen der Österreichischen Bundesbahnen und der Stadtgemeinde Ternitz keinerlei Abklärung der Verkehrssituationsfolgen, etwa durch die Niederösterreichische Landesregierung (die ja die Straße sofort nach Fertigstellung übernehmen soll) zugrundeliegen?
6. Wie bewerten Sie die Tatsache, daß andere Institutionen wie das Institut für Verkehrsplanung und Verkehrstechnik der TU-Wien und das Institut IPE nach Konsultierung durch die Grün-Alternative Bürgerliste Ternitz und eine Bürgerinitiative sich *für* eine Studie zur Abklärung der Folgen auf die Verkehrssituationsfolgen aussprechen?
7. Sehen Sie als Minister die Möglichkeit, eine derartige Zusammenarbeit zwischen der Stadtgemeinde Ternitz und den ÖBB (als Gegenleistung für die Schließung zweier landwirtschaftlich genutzter Schrankenanlagen gibt es wohl andere Projekte in der Stadtgemeinde Ternitz als die Finanzierung einer Straße) zu unterbinden?
8. Wie soll, Ihren Informationen gemäß, die weitere Vorgangsweise in dem vorliegenden Projekt erfolgen?